Protokoll:
Ratsmitglied Otto stellt fest, dass der Wunsch zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, vor dem Hintergrund der bestehenden gesetzlichen Vorgaben und der Rechtsprechung nicht umsetzbar sei.

Der Ausschuss für allgemeine Bau- und Liegenschaftsverwaltung stimmt der Vorlage mit zwei Gegenstimmen und sechs Stimmenthaltungen mehrheitlich zu.